

MICHAEL FABER, JONAS BENS

## Für eine moderne und bunte Linke!

Die soziale Frage umfasst mehr als Hartz IV  
und Vermögenssteuer und sie braucht Antworten!

Die neue Linke formiert sich. PDS und WASG haben sich im letzten Jahr aufgemacht, die politische Vertretungslücke auf der gesellschaftlichen Linken zu schließen. Mehr als vier Millionen Wählerinnen und Wähler bei der zurückliegenden Bundestagswahl haben den Akteuren beider Parteien den Auftrag erteilt, eine neue Linkspartei zu schaffen.

Die politischen Schwerpunkte und Inhalte dieser neuen Linken müssen nicht lange gesucht werden – die gesellschaftlichen Realitäten machen klar, wo die Linkspartei zu stehen hat. Allerdings sehen wir als junge Menschen, die vor einigen Jahren im Westen in die PDS eintraten, die Gefahr, dass sich die neue Linke programmatisch verengt und in (zu) einfachen Losungen verhardt.

Michael Faber – Jg. 1981, Student der Rechtswissenschaften in Bonn; derzeit Absolvent des ersten juristischen Staatsexamens. Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung von 2002 bis März 2006. Mitglied der Bundesschiedskommission der Linkspartei.PDS. michael-faber@jungealternative.de

*Die soziale Frage braucht vor allem eines: Linke Antworten!*

Wir sind uns darüber im Klaren, dass für eine sozialistische Kraft die soziale Frage nicht nur ein Bereich unter vielen sein kann sondern den Kristallisationspunkt sozialistischer Politik darstellt. Die soziale Frage ist für eine sozialistische Partei *primär* die Frage nach der Verteilungsgerechtigkeit.<sup>1</sup> Im gesellschaftlichen Diskurs über die Entwicklung des Sozialstaates ist die Linke allerdings gefordert, stärker ihre Zielvorstellungen, ihr positives Verständnis von Sozialstaat zu vertreten. Die plakative Ablehnung von weiterem Sozialabbau hat im Rahmen der Bundestagswahl des Jahres 2005 nur deshalb weit über den Betroffenenkreis Zustimmung erfahren, weil Rot-Grün die aus Steuergeschenken an Spitzenverdiener und Großkonzerne selbst heraufbeschworene öffentliche Finanzmisere als Rechtfertigung für die Sozialkürzungen heranzog.<sup>2</sup> Diese dreiste und offenkundige Ungerechtigkeit wurde von breiten Teilen der Bevölkerung zu Recht abgelehnt. Die Politik der Großen Koalition setzt dieses Politikmuster allerdings *nicht* nahtlos fort: die (falsche) Mehrwertsteuererhöhung<sup>3</sup> sowie der derzeitige Diskurs über den grundsätzlichen Einnahmemehrbedarf der öffentlichen Kassen in der SPD<sup>4</sup> stellen einen Paradigmenwechsel zum in den letzten Jahren vertretenen Steuersenkungsfetischismus dar. Es gilt zu bewerten, dass die Bundesregierung nunmehr zwar die falsche Antwort gibt (Mehrwertsteuer), aber immerhin die richtige Frage stellt, indem sie die Probleme (auch) von der Einnahmeseite her lösen will. Die Linkspartei muss diese eklatante Veränderung wahrnehmen und ihre Politik hierauf einstellen, wenn sie auf der Höhe der Zeit agieren will. Anstatt die Regierungspolitik monoton als »neoliberal« abzustempeln, wird

1 Dies zu betonen, erscheint gerade in Anbetracht der programmatischen Umorientierung der SPD angebracht. Olaf Scholz, damals Generalsekretär der SPD in »Gerechtigkeit und solidarische Mitte« vom 16. 7. 2003: »Die Frage, wie eine Politik der Gerechtigkeit auszu-sehen habe, wurde im (westlichen) Nachkriegs-deutschland ... anhand der Verteilungsgerechtigkeit diskutiert. Diese Perspektive

sich die Linke im politischen Wettstreit um die Ausgestaltung eines modernen Sozialstaats die Mühe machen müssen, sich mit eigenen sozialistischen Alternativen der politischen Debatte zu stellen. Die gesellschaftliche Wirkungsmacht der neuen Linken wird daher davon abhängen, ob sie es mit konkreten Angeboten versteht, breite Teile der Gesellschaft von ihren radikal aber tragfähigen Alternativen zu überzeugen. Eine positive Wandlung der Losung »Sozialabbau Stop« hin zu einer Verständigung über das Ziel eines modernen solidarischen und gerechten Sozialstaats ist daher dringend erforderlich.<sup>5</sup>

*Die soziale Frage weiter und neu denken!*

So zentral und angebracht die Beschäftigung mit den unter Hartz I-IV bezeichneten Arbeitsmarktreformen auch ist, so wichtig die Forderung nach der Erhebung einer Vermögenssteuer auch sein mag, eine moderne linke Politik darf sich in der Beschäftigung mit der Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik nicht erschöpfen! Die soziale Frage ist zwar primär eine Frage der Verteilungsgerechtigkeit, erschöpft sich darin aber keineswegs.

Der eine der beiden Autoren wurde über Tierschutz politisiert, der andere über Stammtischparolen gegen Migrantinnen und Migranten. Als wir beide mit 17 Jahren in die PDS eingetreten sind, bot sich uns das Bild einer Partei, in der, und das war das eigentlich Spannende, (vermeintliche) Randbereiche eben keine Randbereiche waren. Die Fragen globale Gerechtigkeit, Friedenspolitik, Gefahren der Atomenergie, multikulturelle Gesellschaft, Fragen der Ökologie, Geschlechtergerechtigkeit waren, so der Grundkonsens, untrennbarer Bestandteil einer Vision vom Demokratischem Sozialismus.

»Weiche« Politikbereiche waren eben nicht weich, sondern hatten, zumindest nach außen vermittelt, einen ebenso hohen Stellenwert, wie die stets geforderte Vermögenssteuer. Es bot sich uns auch das Bild einer Partei, die mit buntem Personal, witzigen Werbematerialien und einer Spur Selbstironie ein Umdenken in der Gesellschaft in eben allen ihren Bereichen einforderte. Heute stellt sich die Linkspartei für uns zu oft als Verein verbissener Menschen dar, die gebetsmühlenartig die Einführung der Vermögenssteuer für das einzige Heilmittel einer kranken Welt halten und Hartz IV geißeln.

Das ist schlicht langweilig! Strategisch müssen wir begreifen, dass nicht direkt von Hartz IV betroffene Menschen auch über andere Dinge politisiert werden. Das kann, wie bei uns, der Tierschutz und die Ausländerfeindlichkeit sein, das können aber auch Fragen der Entwicklungspolitik, der militärischen Gewalt, der globalen ökologischen Krise oder die eines ungerechten Schulsystems sein. Jüngere Menschen, Frauen, linke Intellektuelle sprechen wir momentan nur unzureichend an – aber auch und gerade von ihnen ist ein enormer Input für gesellschaftliche Veränderungen zu erwarten. Und gesellschaftliche Veränderungen in diesen Bereichen sind ebenso Bestandteile sozialistischer Alternativen oder sozialistischer Visionen wie die ökonomischen Zusammenhänge.

*Die Linke braucht eine sozialistische Wertedebatte!*

Die wichtige Frage, der sich die neue Linke zu stellen hat ist, was sie unter »sozial« auch neben Verteilungsfragen eigentlich versteht. De-

wird den aktuellen Herausforderungen nicht mehr gerecht.«

2 Dieses Politikmuster wurde am 1. 1. 05 besonders wahrnehmbar. An diesem Tag erlangten sowohl die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf nunmehr 42 Prozent als auch die Arbeitsmarktreform »Hartz IV« Rechtskraft.

Jonas Bens – Jg. 1984, Student der Theologie in Bonn, Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung seit April 2006. Mitglied des Landesvorstandes Linkspartei NRW für Bildungs- und Hochschulpolitik, AStA-Vorsitzender der Uni Bonn seit Mai 2006. [jonasbens@web.de](mailto:jonasbens@web.de)

3 Im Koalitionsvertrag von CDU, SPD und CSU haben sich die Koalitionsparteien auf eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 19 Prozent zum 1. 1. 2007 geeinigt. Zwei Prozentpunkte sollen zur Haushaltskonsolidierung verwendet werden, ein Prozentpunkt zur Absenkung der Sozialversicherungsbeiträge.

4 »Es geht um das Signal« – Der designierte SPD-Vorsitzende Beck im »Spiegel«

vom 15. 4. 06: »Mit der aktuellen Steuerlastquote von 20 Prozent können wir die Republik nicht mehr zukunftsfähig gestalten, gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung und der enormen Herausforderungen im Bildungssektor.«

5 In diesem Kontext ist die von Katja Kipping und anderen angestoßene Debatte um ein »bedingungsloses Grundeinkommen« zu begrüßen – hat sich doch von dieser Forderung ausgehend eine verstärkt zielorientierte Debatte um moderne linke (Sozial-) Politik entwickelt.

batten, die davon ausgehen, soziale Probleme würden sich von selbst lösen, wenn man nur Sozialleistungen erhöht, werden der komplexen gesellschaftlichen Realität sicher nicht gerecht. Jugendpolitik, Antidiskriminierungspolitik, der Umgang mit gesellschaftlichen Minderheiten, die Begegnung der zunehmenden Entsolidarisierung: all dies sind sicher auch, aber nicht allein Fragen des Geldes. Es ist eine Frage von gesellschaftspolitischen Zielvorstellungen. Hier täte es Not, über sozialpädagogische Ansätze zu diskutieren, über Gesellschaftsvisionen und über Werte.

Oft gewinnt man den Eindruck, gerade die Parteinahme für Betroffene von Hartz IV verbiete es, Probleme auch in anderem als in der Höhe des ALG II wahrzunehmen. Ist es die Angst, sich auf vermeintlich konservative Argumentationswege einzulassen, wenn man es unterlässt, über gesellschaftliche Werte zu debattieren und deren Fehlen als Problem zu benennen? Gerade dieses Feld muss wieder links besetzt und progressiv behandelt werden. Debatten über Solidarität, Emanzipation, Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Menschenwürde führen uns über monetäre Zusammenhänge hinaus. Im Fokus sozialistischer Politik muss daher der Mensch in all seiner sozialen Komplexität stehen. Ihn allein auf ein ökonomisches Wesen zu reduzieren, konterkariert den emanzipatorischen Anspruch linker Politik.

Breit, bunt und mit Antworten! So, und nur so, kann und wird eine linke Partei gesamtgesellschaftliche Wirkungsmacht entfalten. So werden wir in allen Bereichen des gesellschaftlichen Diskurses verstärkt linke Akzente setzen können und gleichzeitig auch aus allen Bereichen MitstreiterInnen gewinnen. Hier gilt es die Politik der neuen Linken facettenreicher, visionärer und zugleich fassbarer zu gestalten!